

## **Friedensverantwortung in der Politik – Vortrag am 25.09.2009 bei der Veranstaltung „Kirche macht Frieden“**

*von Christine Scheel, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen*

### **Wirksame Friedenspolitik muss Risiken für den Frieden abbauen!**

Die Nachrichten von der UN-Vollversammlung zeigen, dass die Politik stärker bereit ist für mehr Gerechtigkeit und für mehr Sicherheit auf unserem Globus zu sorgen: Der amerikanische Präsident Barack Obama fordert globale Ungleichgewichte abzubauen, der russische Präsident Dimitrij Medwedjew erklärt sich erstmals offen für Sanktionen gegen den Iran und London verschrottet als symbolischen Abrüstungsschritt ein Atom-U-Boot – so die Zeitungsmeldungen von gestern.

Eine **wirksame Friedenspolitik** muss an die Ursachen von Gewalt, Krisen und Konflikten heran gehen und friedliche Lösungen und Auswege für die Beteiligten schaffen. Warum entstehen Konflikte? Es geht um Zugang zu knappen Ressourcen, zu Wasser, zu Nahrungsmitteln. Bis **2050 werden 200 Millionen Menschen** auf der Welt vor den Folgen des Klimawandels: vor Stürmen, Dürren und Überschwemmungen flüchten<sup>1</sup>. Die Konsequenzen für die menschliche Sicherheit könnten verheerend sein. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und der Verteilungskampf um Ressourcen ist deshalb das **große Konfliktthema des 21. Jahrhunderts**. Global wird wieder aufgerüstet. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln schreitet voran. Kleinwaffen, Minen und Streubomben sind in vielen Ländern zu tödlichen Bedrohung der Zivilbevölkerung geworden. Friedenspolitik hat viele Dimensionen: Ohne eine **gerechte Globalisierung**, ohne glaubwürdige Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik und ohne **Abrüstung und Rüstungskontrolle** werden alle gut gemeinten Krisenpräventionsstrategien letztlich scheitern. Friedenssicherung ist deshalb eine Querschnittaufga-

be auch für Entwicklungs-, Wirtschaft-, Umwelt- und Finanzpolitikerinnen.

Sicher ist unsere Welt erst dann, wenn jeder Mensch die Chance auf **ein menschenwürdiges Leben** hat. Frei von Not und Furcht. Sicherheit auf dem Globus gibt es letztlich nur für alle gemeinsam.

So interpretiere ich auch die **Friedensdenkschrift der EKD**, die in ihrem Schlusswort überzeugend fordert: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“ Wirksame Friedenspolitik beruht in der Gegenwart auf dem Abbau von Gewalt, dem Aufbau der internationalen Rechtsordnung und der Förderung weltweiter sozialer Gerechtigkeit.

Aus diesem Dreiklang von Abbau von Gewalt, Recht und Gerechtigkeit bildet die Denkschrift den **Leitgedanken „des gerechten Friedens“**. Diesen klaren Leitgedanken stimme ich uneingeschränkt zu.

### **Mehr Friedens-Chancen durch globale Abrüstung**

Riesige Waffenarsenale sind eine **Unsicherheitsquelle** überall auf der Welt. Hochrüstung provoziert neue Rüstungswettläufe und ist mit ziviler Krisenprävention nicht vereinbar. Der Weg zu Frieden und gerechter Globalisierung führt über die Abrüstung.

Allerdings dreht sich die **Rüstungsspirale bisher ungebremst**: Weltweit geben die Nationen rund 850 Mrd. Euro für Waffen aus. Fast die Hälfte allein die USA. Die Dynamik ist erschreckend. Weltweit sind die Ausgaben seit 1998 um 45 % gestiegen. Auch bei den Steigerungsraten liegt Amerika ganz vorn.<sup>2</sup>

In den vergangenen Jahren sind Abrüstungs- und Rüstungskontrollbemühungen in vielen Bereichen zum Stillstand gekommen. So ist das **Nichtweiterverbreitungsregime** von Atomwaffen in Gefahr, auch weil Atomwaffenstaaten ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht einhalten.

---

<sup>1</sup> Die Zeit 10.06.2009  
<sup>2</sup> Handelsblatt 10. Juni 2008

Mit der neuen US-Administration hat sich der Wind gedreht. Aktuell die **Abkehr vom Raketenschild** mitten in Europa, der Kurswechsel im **Verhältnis zur islamischen Welt** und die Ankündigung mutiger Schritten zu einer **Welt ohne Atomwaffen**. Diese Chancen müssen genutzt werden. Und auch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise mit ausufernden Ausgaben und einrechenden Staatseinnahmen zwingt die Nationen zum Sparen bei den Rüstungsausgaben. England spart 15%, die USA fahren ihre Ausgaben um 45 Mrd. Euro zurück. Nur im deutschen Verteidigungshaushalt sind noch keine Bremsspuren sichtbar.

**Statt einer Rüstungs- brauchen wir eine Abrüstungsspirale und zwar zuallererst bei den Atomwaffen!**

Die fünf offiziellen Atomkräfte (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) sowie Indien, Pakistan und Israel halten 10.000 Atomwaffen für einen aktiven Einsatz bereit. Noch einmal so viele Sprengköpfe sind eingelagert. 20 davon auch in Deutschland. Im Frühjahr 2010 wird die **Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages** tagen, sie darf nicht erneut scheitern. Viel Hoffnung hat mir das Gipfeltreffen der Atomwaffenstaaten USA und Russland im Juli gemacht, wo beide verabredet haben, ihre Atomsprengköpfe auf 1.500 bzw. 1.675 zu verringern Dieses **START-Nachfolgeabkommen** soll bis Dezember abgeschlossen sein. Dazu muss auch der Abzug der in Deutschland und Europa gelagerten US-Atomwaffen gehören!

**Deutschland muss atomwaffenfrei werden** und sich für ein Entnuklearisierung der NATO-Strategie einsetzen! Die nukleare Abschreckungsstrategie ist ein **Monster aus dem Kalten Krieg** – wir sollten es endlich verbannen. Verteidigungsminister Jung muss das Abwurftraining für Atomwaffen bei den Tornados endlich stoppen.

## **Abrüstung beginnt zu Hause**

Die Bundesrepublik gibt etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben aus. Das ist im internationalen Vergleich zwar relativ moderat, aber quantitativ haben wir mit rund 31 Mrd. Euro das **sechst-größte Militärbudget**. Jeder 10. Euro des Bundes fließt in Militärausgaben. Auf der **Weltrangliste der Waffenexporteure** steht die Bundesrepublik sogar auf **Platz 3**. Das bedeutet, wenn die Bundesrepublik und die EU zu Vorreitern einer globalen Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle werden, dann hat das erhebliches Gewicht! International brauchen wir ein **umfassendes Waffenhandelsabkommen** und der **EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren** muss wirksam überwacht werden – damit die Bestimmungen nicht mehr einfach unterlaufen werden können.

### **Wir brauchen eine restriktivere Rüstungsexportpolitik!**

Es reicht nicht wenn die Bundesregierung in Sonntagsreden vorträgt, sie wolle Rüstungsexporte restriktiver handhaben. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Made in Germany steht bei Rüstungsgütern zwar oft nicht mehr draußen dran. Aber in Deutschland gefertigte Technik steckt innen drin. Zwischen 2005 und 2007 haben sich Sammelausfuhrgenehmigungen mehr als verdoppelt. Dieser „verdeckte“ Waffenexport wird gegenüber den oft umstrittenen Einzelgenehmigungen öffentlich kaum wahrgenommen<sup>3</sup>. Selbst die geplante Lieferungen von drei U-Booten und anderen Rüstungsgütern an das instabile und krisengeschüttelte Pakistan sind für die Bundesregierung kein Tabu mehr sind. Abgesichert wird das Ganze mit einer Hermes-Bürgschaft von 1,2 Mrd. Euro. Solche **Lieferungen in Krisengebiete** heizen das globale Wettrüsten weiter an und sind nicht zu verantworten.

---

<sup>3</sup> TAZ 12.12.08

Wir brauchen eine **restriktive Rüstungsexportpolitik**, die sich an der **Einhaltung von Menschenrechten** orientiert und **friedensethisch verantwortlich** ist. Das Parlament muss bei wichtigen Exportentscheidungen widersprechen können. Wichtig ist auch eine Offenlegung, wo Rüstungsgüter im Endeffekt verbleiben. Rüstungsgüterexport soll nicht mehr durch Ausfuhrbürgschaften gefördert werden. Und es darf nicht länger sein, dass Unternehmen auf ihr Recht Rüstungsgüter zu exportieren pochen können – Das Außenwirtschaftsgesetz muss geändert werden.

**Kleinwaffen, Minen und Streubomben** sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit. Deutschland gehört zu den weltweit führenden Produzenten von Schusswaffen und Munition. Nach Schätzungen befinden sich weltweit etwa **500 Millionen Kleinwaffen im Umlauf**. Viele der heute illegal im Umlauf befindlichen Kleinwaffen und Munition stammen aus „legalen“ Regierungsexporten. Ausgemusterte Waffen von Polizei und Bundeswehr müssen deshalb vernichtet werden. Und der Export von Kleinwaffen aus Deutschland an Staaten außerhalb der Nato und EU muss grundsätzlich verboten werden.

### **Die Reform der Bundeswehr braucht einen friedenspolitischen Kompass: Wir brauchen reformierte, verkleinerte und freiwillige Bundeswehr**

Wir brauchen die Bundeswehr zur **Friedenssicherung im Dienste der Vereinten Nationen**. Der Einsatz von Streitkräften kann notwendig werden, um Gewalt einzudämmen und die Voraussetzungen für eine friedliche Konfliktbewältigung zu schaffen.

Dafür muss die Bundeswehr **strukturell richtig aufgestellt** sein und **angemessen ausgestattet** werden.

Nach einem Rückgang der Militärausgaben unter rotgrün ist der Verteidigungshaushalt ab 2001 stetig auf **rund 31 Mrd. Euro in 2009<sup>4</sup>** an-

---

<sup>4</sup> Finanzbericht 2010

gewachsen. Dies ist teilweise durch die **Auslandseinsätze** der Bundeswehr verursacht, die eine entsprechende Ausrüstung wie z.B. Anschaffung von Transport-Helikoptern und von geschützten Fahrzeugen erforderlich machten. Z.T. konnten die Ausgaben auch von rotgrün nicht mehr verhindert werden, weil die **Verträge viel früher unterschrieben** wurden. Prominentestes Beispiel der **Euro-Figther**, den noch Union und FDP entschieden hatten. Solche Entscheidungen werden aber erst nach 5 – 6 Jahren finanzwirksam.

Unter Union und SPD sind die Militärausgaben um 2,5 Mrd. Euro auf eine Rekordhöhe von 31,2 Mrd. Euro angewachsen.<sup>5</sup> Auch für gänzlich unsinnige Projekte: So hatte rotgrün **PARS 3** – ein Panzerraketenabwehrsystem – gestoppt, weil es nicht mehr zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr passt, sondern eher für eine überholte „**Kalte Kriegs Strategie**“ steht. Schwarz-rot hat diesen Stopp nach dem Regierungswechsel schnell aufgehoben.

Diese Politik lähmt den notwendigen Umbau der Verteidigungsausgaben und der Bundeswehr:

1) Bei den Verteidigungsausgaben muss konsequent umstrukturiert werden: Mehrausgaben für die Anschaffung neuer und geeigneter Ausrüstung für die VN mandatierten Auslandseinsätze müssen durch **Einsparungen bei rüstungsindustriellen Prestige-Projekten** finanziert werden, z.B. brauchen wir keine 180 Eurofigther, Raketenprogramme etc. müssen eingestampft werden.

2) Die Bundeswehr muss von 250.000 auf **200.000 Soldatinnen und Soldaten verkleinert** werden<sup>6</sup> und die **Wehrpflicht muss abgeschafft** werden. Sie ist nicht mehr gerecht zu organisieren: Nur noch knapp 15

---

<sup>5</sup> Als Merkpunkt: Der Ausgabenaufwuchs unter schwarz-rot wird auch durch Projekte verursacht, die rotgrün beschlossen hat, z.B. den A 400 M – der eine politische Entscheidung Fischers war. Außerdem wurden Pensionslasten von gut 2 Mrd. Euro in den Einzelplan eingegliedert, die aber vorher woanders standen.

<sup>6</sup> Heute 250.000. davon. 88 % Freiwillige (220.000) und 12 % Grundwehrdienstleistende (30.000)

Prozent eines Geburtsjahrgangs leistet überhaupt einen Dienst in der Bundeswehr. Und die Wehrpflicht lähmt die Strukturreform, denn sie bindet in erheblichem Umfang Personal und Ressourcen, die die Bundeswehr dringend für neue Aufgaben benötigt. Die Bundeswehr muss eine Freiwilligenarmee mit dem Angebot eines freiwilligen, flexiblen Kurzdienstes für Frauen und Männer werden.

### **Friedenspolitik durch zivile Krisenprävention**

Mit Militär und erst recht mit Krieg lassen sich Konflikte nicht lösen. Die Bedeutung und der **Vorrang ziviler Krisenprävention** sind unstrittig. Gewaltkonflikte zu verhüten und zu überwinden, gebietet sich aus dem **Friedensauftrag des Grundgesetzes** und der **Charta der Vereinten Nationen**.

Die Erfahrungen der 90er-Jahre auf dem Balkan, in Afrika und in anderen Krisenregionen haben uns damals sehr deutlich gezeigt, dass die Mittel der Diplomatie und des **traditionellen Peace-Keepings** nicht ausreichen, um diese Krisen bewältigen zu können.

Bis vor wenigen Jahren gehörte Deutschland zu den treibenden und innovativen Kräften für den **Aufbau einer Infrastruktur für zivile Krisenprävention**: das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst (ZFD), die krisenpräventive Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit, das Institut für Menschenrechte, die Verbesserung der Fähigkeiten für internationale Polizeieinsätze, die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte (Zivik), die Deutsche Stiftung Friedensforschung und der Aktionsplan Zivile Krisenprävention sind international hoch anerkannte Meilensteine krisen- und gewaltpräventiver Politik.

Während aber in anderen Ländern wie der Schweiz, in Kanada oder Norwegen eine Weiterentwicklung der zivilen Strategien, Instrumente

und Fähigkeiten erfolgt, **fehlen in Deutschland neue Impulse**. Zwar wurden zu Zeiten der Großen Koalition die Haushaltsmittel für zivile Krisenprävention auf 430 Millionen Euro aufgestockt. Und auch die Haushaltsmittel für ZFD und Zivik wurden auf 19 Mio. Euro bzw. 5,5 Mio. Euro aufgestockt, das reicht aber bei weitem nicht aus, um den eklatanten Rückstand der zivilen und polizeilichen Fähigkeiten abzubauen. Zwischen **militärischen und zivilen Kapazitäten** bestehen immer noch erhebliche Unterschiede. Alles in allem gibt Deutschland heute rund **3,3 Mrd. Euro pro Jahr für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung** im weiteren Sinne aus. Der Verteidigungshaushalt umfasst aber rund 31 Mrd. Euro<sup>7</sup>.

Wir brauchen einen **neuen Schub** für zivile Krisenprävention und vorausschauende Friedenspolitik auf nationaler, auf EU und UN-Ebene. D.h. Mehr Fachleute, Fähigkeiten und Finanzen. **Frieden gibt es nicht zum Nulltarif!**

Wichtige Prinzipien sind: Die primäre Verantwortung tragen die Konfliktbeteiligten. Jede Einmischung von außen muss so gering wie möglich sein. Im Sinne einer „**do-no-harm-**„**Politik** gilt es die Folgen jedes Eingreifens von außen im Blick zu halten. Priorität hat deshalb die Unterstützung der friedensbereiten Kräfte vor Ort.

Kernvoraussetzung zur Stabilisierung von Krisenregionen ist die Förderung rechtsstaatlicher Polizei und Justiz sowie von Zivilgesellschaft. Ein bestmögliches Zusammenwirken politischer, ziviler, polizeilicher und militärischer Akteure ist unerlässlich. Deshalb ist die aktuelle Forderung des deutschen ISAF Generals Vollmer, dass **Deutschland 2.500 zusätzliche Polizisten für die Region Kundus** einstellen und bezahlen soll, ernst zu nehmen und unterstützenswert. Das würde etwa 9 Millionen Dollar für zwei Jahre kosten und dafür aber das Wegrutschen der Region

---

<sup>7</sup> Frieden fördern – von B90/Die Grünen S. 23

Kundus verhindern. Denn **nur die Afghanen selbst werden Afghanistan befrieden können.**

Ebenso essenziell sind der systematische **Einbezug der lokalen Bevölkerung**, regionaler Organisationen und der Regierungen sowie die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen.

Auf der Agenda steht auch der Aufbau **ressortübergreifender** Führungs- und Planungsstrukturen, **gemeinsamer Finanzierungspools** und einer besseren Infrastruktur im zivilen Bereich.

Operativ hat zivile Krisenprävention nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn hierfür **ausreichende materielle wie personelle Fähigkeiten und Strukturen** vorhanden sind. Ein aktuelles Beispiel aus Afghanistan ist der **Provincial Development Fund**. Auf Initiative meines Fraktionskollegen; Winni Nachtwei, standen hier 10 Millionen Euro zur Finanzierung kleiner Entwicklungsprojekte bereits, die von den Afghanen, also in der Regel den Ältesten bzw. Dorfvorstehern beantragt wurden. Typische Projekte sind: der Bau von Schutzmauern, Anschaffung von Schulbüchern etc. Dieser Fonds ist **seit Juli aufgebraucht**. Es liegen noch 2.000 Anträge vor. 70 – 80 Prozent davon förderfähig. Dabei geht es um konkrete Hilfe vor Ort. Es ist unbedingt notwendig, dass solche Hilfen ausreichend finanziert werden, denn hier spüren die Menschen, dass ihnen geholfen wird. Die **zivile Aufbauhilfe für Afghanistan muss mindestens verdoppelt werden** – die Projekte, die Dt. gebaut und finanziert hat – etwa ein Wirtschaftsgymnasium für Mädchen in Kabul sind qualitativ gut, aber ein **Tropfen auf den heißen Stein in der Wüste**. In Afghanistan leben 70% Analphabeten.

**Es gibt Risiken und Chancen. Wir müssen die Chancen nutzen!**

Zivile Krisenprävention hat ein großes **Handicap**: Sie ist in der Öffentlichkeit sehr schwer verkäuflich. Sie ist kompliziert und sie ist langwierig. Wenn sie erfolgreich ist und das Haus nicht brennt, ist sie nicht beweis-

bar und nicht sichtbar. Wir alle müssen deshalb dafür weiter arbeiten, damit der Nutzen ziviler Krisenprävention in der Öffentlichkeit bekannter wird.

### **Friedenspolitik durch: Gerechte Globalisierung – Entwicklungshilfe - Klimaschutz**

Als **starkes Industrieland und Exportweltmeister** sind wir besonders verantwortlich für die globale Entwicklung. Wir müssen der Globalisierung der Profitwirtschaft eine **Globalisierung der Solidarität** entgegenstellen. Frieden kann nicht dauerhaft bestehen, wo Hunger und Elend, Staatsverfall und Verwüstung herrschen. Die VN haben mit den **Millenniums-Zielen** die wichtigsten sozialen Herausforderungen formuliert: Das Ziel **Armut und Hunger bis 2015 zu halbieren** ist nur erfüllbar, wenn die OECD-Länder **0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes** in die Entwicklungszusammenarbeit investieren. Die Realität ist aber, dass die Mehrzahl der Länder noch nicht einmal den Zwischenschritt eingehalten hat, nämlich die Hälfte - also 0,35% - zu verausgaben. Deutschland erzielt mit knapp 10 Mrd. Euro (2008) an öffentlichen Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit eine Official Development Assistance (ODA) -**Quote von 0,38%** und ist **zweitgrößte Gebernation** unter den G7 - Staaten<sup>8</sup>. In der mittelfristigen Finanzplanung ist eine Steigerung der ODA-Quote geplant **auf 0,51% (2010) und 0,7 % (2015)**. Gerade angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise müssen wir diese Planung beibehalten und unsere Hilfen noch weiter verstärken. Wir haben uns deshalb sehr dafür eingesetzt, dass im **Konjunkturpaket II auch 100 Mio. Euro für Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern** bereitgestellt wurden, damit diese trotz Krise realisiert werden können.

---

<sup>8</sup> Finanzbericht 2010, S. 43

Die Wirtschafts- und Finanzkrise erschwert die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, denn Entwicklungsländer sind in **dramatischer Weise** von betroffen. Der „Global Monitoring“-Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank geht von einem Rückgang des Wachstums in Entwicklungsländern von 8,1 Prozent (2006 bis 2007) auf 1,6 Prozent für 2009 aus. Nach Einschätzung der Weltbank treibt jedes Prozent weniger Wachstum weitere 20 Millionen Menschen in die Armut. Bereits jetzt sind aufgrund der Krise **50 Millionen Menschen neu unter die Schwelle der absoluten Armut** gefallen, bis zum Ende des Jahres könnte sich diese Zahl auf 100 Millionen Menschen steigern.

Diese Probleme kann Entwicklungspolitik allein nicht bewältigen. Wir brauchen eine **gerechte Einbindung** der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft im Sinne eines „**Fair-Trade**“-Konzeptes. Wir brauchen einen **internationalen Informationsaustausch** zu Kapitaleinkünften, damit nicht der Reichtum aus Entwicklungsländern **in Steueroasen** verschwindet. Wir in den reichen Ländern müssen unsere **Subventionspolitik überdenken**, auch wenn dies zu schwierigen Anpassungen hierzulande führt.

Und wir brauchen **wirksame Schritte gegen den Klimawandel**: Denn Menschen in Entwicklungsländern und Inselstaaten sind als erste und am schwersten betroffen. Allein im Jahr 2008 sind durch Naturkatastrophen als Folge des Klimawandels rund 20 Mio. Menschen obdachlos geworden und aus ihren Heimatregionen geflüchtet.

Laut dem britischen Ökonomen Lord Nicolas Stern droht eine Völkerwanderung bisher ungekannten Ausmaßes. Schon heute bei einer Klimaerwärmung von 0,8 Grad verwüsten Dürren das Land in Darfur und verdrängen seine Bewohner. Eine Erwärmung von 2 Grad würde hunderte von Millionen in die Flucht schlagen, große Teile Südeuropa würden zur Wüste. Deshalb ist die **Bekämpfung des Klimawandels Frie-**

**denspolitik.** Und die Kosten der Verminderung von Emissionen sind derzeit noch beherrschbar. Lord Stern geht von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.

Die **15. Konferenz der UN-Klimarahmenkonvention im Dezember in Kopenhagen** muss deshalb das Nachfolgeabkommen für Kyoto voranbringen, das 2012 ausläuft. Kopenhagen muss ein klares Signal der Politik an die Märkte senden, dass **Klimaschutz Priorität** hat. Die Chancen sind da: Präsident Obama hat am Dienstag auf dem **UNO-Klimagipfel** in New York einen bedeutenden Schritt nach vorn bei Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt angekündigt. Und auch der chinesische Präsident Hu Jintao hat dort einen bedeutenden Beitrag seines Landes für den Klimaschutz zugesagt<sup>9</sup>. Damit sind die beiden größten Emittenten von CO<sub>2</sub> zumindest guten Willens. Wir müssen sie beim Wort nehmen!

### **Militärische Krisenintervention in Afghanistan**

Anfang dieser Woche kam die Wahrheit auf den Tisch: Der **Einsatz in Afghanistan droht zu scheitern**. Die bisherige Strategie steht vor dem aus. Mehr als die derzeit 100.000 Soldaten sind notwendig, so US-General Stanley McChrystal, um die Bevölkerung tatsächlich zu schützen und ihr Vertrauen zurück zu gewinnen. Nach 8 Jahren Auslandseinsatz der Bundeswehr beschäftigt uns alle die Frage: **Wie kommen wir aus Afghanistan heraus, ohne ein Land im Chaos zu hinterlassen?** Was tun wir gegen Korruption und Machtmissbrauch und vermutlich Wahlbetrug in der politischen Elite in Afghanistan – ein System, dass sich unter den Augen der ISAF immer weiter ausbreitete und das Vertrauen der Bevölkerung untergräbt. Entwicklungshilfeprojekte bereichern oftmals örtliche Machthaber, korrupte Beamte und internationale Auftragnehmer, so McChrystal. Auch unsere europäischen Nachbarn diskutieren den Einsatz – der immer mehr Leben fordert. Im Dezember schon

---

<sup>9</sup> Handelsblatt 23.9.2009

wird der Bundestag über die **Verlängerung des ISAF-Mandats** entscheiden. Die Versäumnisse der letzten Jahre insbesondere im Bereich der Polizeiausbildung, des Aufbaus einer funktionsfähigen Justiz und das Fehlen einer gemeinsamen Aufbaustrategie für den zivilen Aufbau des afghanischen Staates **belasten die Legitimation des Auslandseinsatzes** schwer.

Wir müssen alles tun, damit das Land nicht erneut im Bürgerkrieg versinkt. Es gilt jetzt eine **zeitliche Abzugsperspektive genauso wie eine zeitliche Aufbauperspektive** zu entwickeln, denn erst wenn die Afghanen ihr Land selbst verteidigen können, gibt es eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr und die anderen ISAF-Truppen.

**Konflikte können letztlich nicht militärisch gelöst werden.** Der Einsatz von Militär ist immer problematisch und unabhängig von den Zielen ein großes Übel, wie der von der Bundeswehr angeforderte Luftangriff auf zwei entführte Tanklastwagen nördlich von Kundus mit vermutlichen vielen zivilen Todesopfern erneut gezeigt hat.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann Militär aber einen **notwendigen Beitrag zur Gewalteindämmung**, Gewaltverhütung und Friedenskonsolidierung leisten. Der Balkan, Tschetschenien, Ruanda, Kongo, Somalia, Sudan, Afghanistan und andere Krisenregionen sind Prüfsteine für eine multilaterale Friedenspolitik – aber nur einige. 2007 gab es 328 politische Konflikte, davon 6 Kriege, 124 schwere Krisen mit massiver oder sporadischer Gewalt und 130 gewaltsame Konflikte<sup>10</sup>. Und bereits bei diesen wenigen, sind schrecklich gescheiterte Interventionen dabei, z.B. Somalia oder Sudan oder Ruanda....Es muss unser gemeinsames Anliegen sein, dass nicht noch mehr dieser militärischen Interventionen im Fiasko enden.

---

<sup>10</sup> Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung, Conflict Barometer 2007

## **Die Folgen des Luftangriffs in Kundus müssen aufgeklärt werden**

Es ist immer noch nicht eindeutig geklärt, was genau durch den von der Bundeswehr angeforderten **Luftangriff auf zwei entführte Tanklastwagen nördlich von Kundus** passiert ist. Erst nach langem Zögern schließt inzwischen auch Verteidigungsminister Jung nicht mehr aus, dass es zu zivilen Opfern gekommen ist.

Eine afghanische Untersuchungskommission zu dem Schluss, dass **30 Zivilisten** bei dem Angriff ums Leben gekommen sind. Außerdem seien 69 Taliban-Kämpfer umgekommen und elf Zivilisten verletzt worden<sup>11</sup>.

Es ist ein **Skandal**, dass Merkel und Jung nicht sofortige Aufklärung in Aussicht gestellt haben, sondern in ersten Reaktionen beschwichtigten und den Einsatz pauschal verteidigten.

Die **Informationspolitik** zum Afghanistaneinsatz war und ist ein **Desaster**.

Die ISAF-Mission der NATO ist und bleibt in erster Linie ein **Stabilisierungseinsatz**, der das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung gewinnen soll. Der neue US-amerikanische ISAF-Oberkommandeur McChrystal hat aus diesem Grund ausdrücklich **strenge Einsatzregeln** geschaffen, um die Fehler der Vergangenheit und den Tod Unschuldiger zu vermeiden.

Der Luftangriff auf Anforderung der Bundeswehr **hat höchstwahrscheinlich den Tod Unschuldiger verursacht**. Er hat die Sicherheitslage für die Bundeswehr in Kundus zusätzlich verschärft. Er hat mehr Ablehnung geschaffen, wenn nicht sogar mehr Hass auf die Soldaten der Bundeswehr. Alle Fakten des Luftangriffs müssen auf den Tisch.

---

<sup>11</sup> Lt. Reuters vom 17.09.2009

Gibt es zivile Opfer zu beklagen, muss alles getan werden für die Entschädigung der Hinterbliebenen und die Vermeidung weiterer Opfer.

Ohne eine legitimierte neue Präsidenten mit einer innenpolitisch anerkannten Regierung kann nicht erfolgreich über einen zivilen Aufbau Afghanistans verhandelt werden, der die Voraussetzungen für einen Truppenabzug aller ausländischen Streitkräfte klärt. **Die neue Regierung muss die afghanische Armee, Polizei und Justiz in allen Landesteilen in die Lage versetzen die politische Selbstverwaltung zu übernehmen.**

Bündnis 90/Die Grünen haben in der zurückliegenden Wahlperiode dem Mandat der Bundesregierung **mehrheitlich nicht zugestimmt**, weil sie eine halbherzige Afghanistanpolitik betrieben hat. Deutschland und die EU haben in der Vergangenheit für die Stabilisierung grundlegende Aufgaben wie z.B. die Polizeiausbildung übernommen, der sie aber mit viel zu geringen Beiträgen nicht gerecht geworden sind.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!** Eine rechtsverbindliche, internationale Friedensordnung ist dem Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung verpflichtet. Die internationale Rechtsordnung bindet die Anwendung von Zwangsmitteln an strenge ethische und völkerrechtliche Kriterien. Auch der neue internationale Terrorismus rechtfertigt in keiner Weise das Wiederaufleben der Lehre vom „gerechten Krieg“.